

den S. im politisch-territorialen Aufbau der DDR ist die rechtliche Stellung, der S.verordnetenversammlung und ihrer Organe differenziert geregelt. Die Hauptstadt der DDR, Berlin, hat einen Status analog dem eines —» *Bezirk*s. Weitere 27 größere S. haben den Status eines S.kreises (—» *Kreis*). Von diesen sind wiederum mehrere in —» *Stadtbezirke* untergliedert. Die Mehrzahl der S. in der DDR gehört ebenso wie die Gemeinden zum Territorium eines Landkreises. Die rechtliche Stellung der S. regeln die Art. 41 und 43 der Verfassung. Aufbau, Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht in der S. sind in den Art. 81-85 der Verfassung der DDR, im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 4. 7. 1985 (GBl. I 1985, Nr. 18) und in weiteren speziellen Rechtsakten geregelt. —* *örtliche Volksvertretungen*

Stadtbezirk: politisch-territoriale Gliederungseinheit einer Großstadt (—» *Stadt*). S. bestehen in Übereinstimmung mit Art. 81 der Verfassung der DDR auf der Grundlage spezieller Ordnungen in Berlin, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle und Erfurt. Über, die Bildung und Auflösung von S. beschließt die entsprechende Stadtverordnetenversammlung. Diese Beschlüsse bedürfen der Bestätigung durch den Ministerrat. Der S. bildet ein wichtiges Kettenglied bei der politischen Führung und der staatlichen Leitung und Planung des politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens einer Großstadt mit den auf ihrem Territorium befindlichen Betrieben und Einrichtungen und ihren Wohngebieten. Die Partei- und Staatsorgane im S. tragen eine besondere Verantwortung für die Ausschöpfung der territorialen Ressourcen und die Schaffung günstiger Bedingungen

für die volle Entfaltung der Initiative der Bürger im Interesse eines stabilen Wachstums der Produktion und der weiteren Vervollkommnung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. Sie sind verantwortlich für wichtige Aufgaben der —» *territorialen Rationalisierung*, für die unmittelbare Verwirklichung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (der Wohnbedingungen, des Reparatur- und Dienstleistungswesens, des Einzelhandels, der gesundheitlichen und sozialen Betreuung wie auch der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung) und für die Entwicklung stabiler Formen der massenpolitischen Arbeit und der Mitarbeit der Bürger an der Lösung der staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben. Der S. ist deshalb nicht nur eine Leitungsebene im System der staatlichen Leitung, sondern auch im —» *Parteiaufbau der SED*, im Aufbau der anderen —» *Blockparteien*, gesellschaftlicher Organisationen und der —* *Nationalen Front der DDR*. Das Organ der einheitlichen sozialistischen Staatsmacht, das unter Führung der SED auf der Grundlage der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften und in enger Verbindung mit den Werktätigen, ihren gesellschaftlichen Organisationen und Kollektiven die Staatspolitik der Arbeiter-und-Bauern-Macht im S. verwirklicht, ist die S.sversammlung, die von den wahlberechtigten Bürgern auf jeweils fünf Jahre gewählt wird und zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung den Rat des S. und ihre Kommissionen wählt (Verf. der DDR, Art. 81 und 83). Aufbau, Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht in den S. sind in den Artikeln 81-85 der Verfassung der DDR, im Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 4. 7. 1985 (GBl. I 1985,